

Antrag

der Fraktion der AfD

Für die politische Flankierung des Strukturwandels in der Thüringer Automobilindustrie und die Sicherung von Arbeitsplätzen durch ein klares Bekenntnis zum Verbrennungsmotor und zu technologieoffener Forschung

- I. Die Landesregierung wird gebeten zu berichten,
 1. welche Versuche sie unternommen hat, um eine Fortsetzung der Zusammenarbeit von VW mit dem von der Schließung bedrohten Automobilzulieferbetrieb JD Norman Germany GmbH im Industriegebiet Kindel bei Eisenach zu vermitteln;
 2. welche Unterstützungsangebote seitens der Landesregierung für JD Norman Germany GmbH bei Eisenach bestanden beziehungsweise bestehen;
 3. ob seitens der Landesregierung Unterstützungsangebote für den Aufbau einer Transfergesellschaft für die von Entlassung bedrohte Belegschaft von JD Norman Germany GmbH existieren;
 4. ob sie im Entwurf des Landeshaushaltes 2021 Budgets zur Unterstützung beziehungsweise Ermöglichung dringend erforderlicher Investitionen in der Automobil- und Zulieferindustrie Thüringens einplant und wenn ja, wie diese ausgestaltet sind;
 5. ob sie im Entwurf des Landeshaushaltes 2021 Budgets für die allgemeine Abfederung des Strukturwandels in der Automobil- und Zulieferindustrie Thüringens allgemein einplant und wenn ja, wie diese ausgestaltet sind;
 6. wie viele Arbeitsplätze durch den Strukturwandel in der Automobilbranche in Thüringen seit dem 1. Januar 2015 neu geschaffen wurden und wie viele Arbeitsplätze infolge der absehbaren Verdrängung traditioneller, auf dem Verbrennungsmotor beruhender Antriebstechniken in der Thüringer Automobilbranche bis zum Jahr 2030 verloren gehen werden;
 7. wie viele Unternehmen der Thüringer Automobilbranche (Automobilhersteller und Zulieferer) seit dem 1. März 2020 Kurzarbeit für wie viele Arbeitnehmer beantragten und wie sich die Kurzarbeit in der Thüringer Automobilbranche seit dem Jahr 2015 generell entwickelt hat;
 8. welche Maßnahmen aus der "Automotive Agenda Thüringen" bis heute umgesetzt und wie viele Arbeitsplätze und Standorte von Unternehmen der Automobilbranche durch diese Maßnahmen in Thüringen gesichert oder erschlossen wurden;
 9. welche Maßnahmen die Koordinationsstelle "Transformation in der Automobilindustrie" bei der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG) Thüringen bisher initiiert beziehungsweise umgesetzt hat, um aktiv zur Bestandssicherung der Unternehmen beizutragen und diese bei der Bewältigung des Strukturwandels zu unterstützen;

10. welche Landesförderungen mit dem Ziel der Optimierung des Verbrennungsmotors beziehungsweise der Brennstoffzellentechnologie seit dem Jahr 2014 erfolgten;
11. welche Studien zur Optimierung des Verbrennungsmotors beziehungsweise der Brennstoffzellentechnologie im Auftrag der Landesregierung seit dem Jahr 2014 erstellt wurden;
12. welche sozialen Folgen des Strukturwandels in der Thüringer Automobilbranche sie erwartet;
13. welche durch den Strukturwandel in der Automobilbranche in Thüringen bewirkten regionalökonomischen Auswirkungen sie erwartet;
14. welche durch den Strukturwandel in der Automobilbranche in Thüringen bewirkten Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern beziehungsweise allgemein in der Bevölkerung sie erwartet;
15. welches wirtschaftspolitische Konzept sie zur politischen Flankierung des Strukturwandels in der Thüringer Automobilindustrie und seiner Folgen für den Arbeitsmarkt verfolgt.

II. Der Landtag stellt fest:

1. Automobilhersteller und Automobilzulieferindustrie stellen einen für Thüringen wichtigen Wirtschaftszweig dar, in dem eine bedeutende Zahl von Arbeitnehmern beschäftigt ist.
2. Die von der Landesregierung betriebene einseitige Forcierung und Förderung der E-Mobilität schadet der Thüringer Automobilbranche und lässt Entwicklungspotentiale ungenutzt. Dies führt zur Gefährdung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Thüringen.
3. Die Technologie des Verbrennungsmotors enthält weiteres Entwicklungspotential, durch dessen Ausschöpfung die Zukunftsträchtigkeit dieser Antriebstechnologie gesichert werden kann. Eine Politik, die der künftigen Nutzung von Verbrennungsmotoren entgegenarbeitet, verspielt Entwicklungschancen und wirtschaftliches Potential.
4. Der Dieselmotor stellt eine bewährte und umweltfreundliche Antriebstechnologie dar, die auch künftig einen wichtigen Beitrag zur Mobilität von Menschen, Waren und Dienstleistungen erbringen soll.
5. Synthetische Kraftstoffe (sogenannte E-Fuels) sind eine sinnvolle Ergänzung beziehungsweise Alternative zu bisherigen Kraftstoffen. Ihre Weiterentwicklung und Nutzung kann dazu beitragen, unsere Ressourcenabhängigkeit zu vermindern und einen neuen Industriezweig aufzubauen.
6. Die Brennstoffzelle stellt eine weitere praxistaugliche Antriebsart dar, die bei der Förderung alternativer Antriebsarten nicht benachteiligt werden darf.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Automobilbranche in Thüringen sowie zur Zukunft des Verbrennungsmotors abzugeben;
2. die einseitige politische Förderung der Elektromobilität aufzugeben und sich für Erhalt und Fortentwicklung der Verbrennungsmotorentechnologie, insbesondere auch der Dieseltechnologie, einzusetzen;
3. ein wirtschaftspolitisches Konzept zur politischen Flankierung des Strukturwandels in der Thüringer Automobilindustrie und seiner Folgen für den Arbeitsmarkt vorzulegen;
4. sich gegen mögliche Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Thüringer Kommunen und für eine Anpassung der Grenzwerte von Stickstoffoxiden einzusetzen;

5. die Forschung zur Weiterentwicklung von Diesel- und Benzinmotoren zu fördern;
6. sich für die Förderung des Einsatzes synthetischer Kraftstoffe einzusetzen;
7. sich für die Förderung des Einsatzes der Brennstoffzellentechnik bei Automobilen einzusetzen;
8. dem Landtag bis zum 1. Oktober 2020 den Umsetzungs- und Fortschrittsbericht der "Automotive Agenda Thüringen" vorzulegen.

Begründung:

Nachdem der Insolvenzverwalter des im Industriegebiet Kindel bei Eisenach ansässigen Unternehmens JD Norman Germany GmbH keinen Investor fand, muss das Werk des Automobilzulieferers im Spätsommer dieses Jahres schließen. Die Schließung des Betriebes ist unter anderem als eine Auswirkung des politisch gewollten Strukturwandels in der deutschen Automobilindustrie zu betrachten, der die Thüringer Automobilbranche (das heißt namentlich Automobilhersteller und Zulieferindustrie) nach Aussage des Thüringer Ministers für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft auch in den kommenden Jahren treffen wird. Das Schicksal von JD Norman Germany GmbH in Thüringen und seiner Belegschaft steht exemplarisch für die Auswirkungen dieses Strukturwandels auf Wirtschaft und Beschäftigung auf die Thüringer Automobilbranche und die Wirtschaft im Freistaat Thüringen insgesamt.

Denn nicht nur hat die Automobilindustrie in Thüringen eine lange Tradition, die bis in das frühe 20. Jahrhundert zurückreicht. Vielmehr stellt die Automobilbranche eine wichtige Säule des Thüringer Wirtschaftslebens dar. So befindet sich unter anderem ein Opel-Werk in Eisenach und in Kölleda wird die Hälfte aller Daimler-Motoren hergestellt. Rund 530 Unternehmen der Automobilbranche beschäftigen in Thüringen etwa 50.000 Mitarbeiter. Neben einigen Großbetrieben sind es vor allem mittelständische Unternehmen, die in dieser Branche in den letzten Jahren für stabiles Wachstum sorgten und einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand in Thüringen leisteten. Die von der Landesregierung wie von der Bundesregierung seit einiger Zeit erfolgende einseitige Forcierung und Förderung der Elektromobilität führte bereits im Jahr 2019 zu ersten Insolvenzen und damit einhergehenden Arbeitsplatzverlusten. Diese Politik stellt eine Gefährdung der Branche in Thüringen dar, die gegenwärtig zudem stark von den Auswirkungen der Corona-Maßnahmen getroffen wird.

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft vertritt die Auffassung, dass die als Strukturwandel gekennzeichnete Entwicklung in der Automobilbranche nicht aufzuhalten sei. Es verweist darauf, dass die Chancen des Strukturwandels die Risiken überwiegen, doch bleibt diese Behauptung angesichts der aktuellen Entwicklung zweifelhaft.

Der politisch forcierte Wandel beruht dabei auf fragwürdigen Voraussetzungen. Mit der Festlegung von extremen Emissionsgrenzwerten für Kraftfahrzeuge oder einer politisch initiierten weiteren Verteuerung der Benzin- und Dieselpreise durch die ab dem Jahr 2021 erhobene Kohlenstoffsteuer soll eine flächendeckende Durchsetzung von Elektrofahrzeugen erzwungen werden. Die deutsche Automobilindustrie wird hier das Nachsehen haben, weil der Abbau der Produktion von Verbrennungsmotoren die technologische Spitzenposition der deutschen Automobilbranche und deren Entwicklungspotential unterminiert. Zu befürchten sind Abwärtsspiralen in den vom Strukturwandel betroffenen Kommunen/Regionen mit entsprechenden sozialen Folgen.

Demgegenüber können mit der Weiterentwicklung und Optimierung des Verbrennungsmotors Zukunftspotentiale der deutschen Automobilbranche genutzt werden - auch etwa in Kombination mit der Entwicklung und Produktion von synthetischen Kraftstoffen. Ebenso hat die Brennstoffzelle als Antriebstechnik Zukunftspotential. Deren für die massenweise Nutzung noch hohe Kosten können durch technische Weiterentwicklung gesenkt, ihr Wirkungsgrad durch verstärkte Forschung verbessert werden.

Um die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Automobilbranche zu nutzen und die Thüringer Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftszweig zu sichern, müssen die einseitige Fixierung auf die Elektromobilität und die politische Bekämpfung der Verbrennungsmotortechnologie beendet werden. Es gilt, Planungssicherheit und Perspektiven für die Automobilbranche in Thüringen und Deutschland zu schaffen.

Für die Fraktion:

Braga